

1844/J XXI.GP
Eingelangt am: 2.1.2001

Anfrage

der Abgeordneten Ulli Sima und GenossInnen an

den Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

betreffend ITRAP (Programm zur Bekämpfung der Nuklearkriminalität)

Eine vom Austrian Research Center Seibersdorf (ARCS) durchgeführte Studie zeigt die Gefahr durch die illegale Entsorgung von teilweise erheblich kontaminierten, radioaktiven Strahlenquellen aus Nachbarländern. In einigen Staaten wurden bereits Gegenmaßnahmen gesetzt, z.B. Grenzschutzmonitoring an der finnisch - russischen sowie deutsch - polnischen Grenze, Grenzschutzmonitoring in Italien.

Das ARCS hat in einer Studie in der Zeit von September 1997 bis September 2000 auf Anregung der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) die Machbarkeit eines sinnvollen Überwachungssystems getestet.

Die ausgewählten Systeme wurden dabei am Grenzübergang Nickelsdorf sowie am Flughafen Wien - Schwechat installiert. Die praktische Erprobung der Geräte bestätigte, daß die Grenzkontrolle von nuklearem und anderem radioaktivem Material mit vertretbarem Aufwand zuverlässig möglich ist.

Die Gesamtinvestition zur Ausstattung unserer Grenzen würde sich für Österreich auf ca. ÖS 50 Mio. belaufen, eine auch neben derzeit nötigen Sparmaßnahmen vertretbare Summe - vor allem, da sie eine Investition in die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung darstellt.

Anfrage:

1. Wird an die Anschaffung solcher Monitore für alle Grenzübergänge besonders zu östlichen Nachbarstaaten gedacht?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Budgetmittel sind dafür vorgesehen?
4. Wann wird die Anschaffung erfolgen?
5. Wie wird die illegale Entsorgung von radioaktiven Strahlenquellen derzeit kontrolliert?
6. Wieviele Fälle wurden in den Jahren 1997, 1998, 1999, 2000 aufgedeckt?